

DIALOG



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Wie weiter mit Europa? – Die Sicht der Regionen«
am 18. September 2018



DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Wie weiter mit Europa? – Die Sicht der Regionen«
am 18. September 2018



Vortrag von Karl-Heinz Lambertz,
Präsident des Europäischen Ausschusses
der Regionen

Inhalt

Eröffnungsansprache
von Dr. Matthias Rößler,
Präsident des Sächsischen Landtags .. 6

Vortrag
von Karl-Heinz Lambertz,
Präsident des Europäischen
Ausschusses der Regionen 10

Vorstellung der
Podiumsteilnehmer 20

Podiumsdiskussion 24

Impressum:
Herausgeber:
Sächsischer Landtag
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.

V.i.S.d.P.:
Ivo Klatte, Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Redakteur:
Dr. Thomas Schubert,
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Fotos:
Gabriel Moreno
Lübecker Str. 49
01157 Dresden

Gestaltung, Satz:
Ö GRAFIK agentur für marketing und design
Wittenberger Straße 114 A
01277 Dresden

Druck:
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Diese Publikation wird im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen Landtags
kostenfrei an Interessierte abgegeben.



»Die Regionen in einen sich verändernden Europa« Eröffnungsansprache von Dr. Matthias Röbner, Präsident des Sächsischen Landtags

Verehrter Herr Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, lieber Kollege Lambertz, sehr geehrte Frau Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes, verehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments, des Bundestages und des Sächsischen Landtags, verehrter Herr Vorsitzender des Sejmiks der Wojewodschaft Lubuskie, lieber Czesław Fiedorowicz, sehr geehrte Vertreter des Konsularischen Korps, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

seien Sie alle herzlich willkommen zum Dresdner Gesprächskreis hier im Ständehaus. Ich bin sehr erfreut, dass unser Thema – die Regionen in Europa – auf so viel Interesse stößt. Zuletzt waren wir in Sachsen ja eher mit uns selbst beschäftigt. Heute wollen wir wieder den Blick weiten und über den Tellerrand hinausschauen. Sachsen ist schließlich eine von über 300 Regionen im vereinten Europa. Wir sind Teil von etwas Großem.

Die Europäische Union, meine Damen und Herren, sie ist vieles: Sie ist der Bruch mit der Vergangenheit und die friedliche Einigung der Völker Europas. Sie ist das erfolgreichste europäische Staatenprojekt der Geschichte. Sie ist für uns alle die einzige realistische Option, wegweisend das Weltgeschehen im 21. Jahrhundert mitzubestimmen. Und: Sie durchlebt gegenwärtig einen historischen Umbruch, sieht sich Herausforderungen gegenüber.

Das Projekt der Sicherheits- und Verteidigungsunion soll effektiv vorangetrieben werden, die Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens (Brexit) gestalten sich holprig. Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik gleicht einer Großbaustelle. Die Eurozone ist in merklichen Umbauten, die Euro-Schuldenkrise ist beruhigt, aber nicht überwunden. Vor allem aber stehen grundlegende Reformentscheidungen über die zukünftigen Strukturen und Ziele der EU an, begleitet von den Verhandlungen

über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021 – 2027 und flankiert von der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser großen Linien sind es im vereinten Europa dennoch die Mitgliedsstaaten und die Regionen, die das Gesamtkonstrukt tragen und die politische Heimat der Bürger bleiben. Der von ihnen ausgehende Pluralismus stabilisiert, wenn auf dieser Basis besonnen europäische Politik gestaltet wird.

Nation, und auch Region, sowie Integration sind in meinen Augen keine Gegensätze, sofern sie klug austariert werden. Dies bedingt jedoch vor allem eine auf europäischer Ebene weit stärker als bislang ausgeprägte Subsidiaritätskultur sowie die Achtung nationaler und regionaler Identitäten. Es setzt aber auch den seriösen Dialog zwischen Brüssel und den Regionen voraus.



Wir brauchen nicht nur ein engeres Zusammenwirken zwischen den Regionen und der EU, vielmehr brauchen wir ein stärkeres Einwirken der Regionen auf die EU. Es gilt, die Vielfalt in der Einheit zu erhalten und zu befördern. Ich bin mir sehr sicher: Das Ziel einer »immer vollkommeneren Union« – wie Jean-Claude Juncker es vergangenen Mittwoch genannt hat – wird von den Bürgern nur dann mitgetragen, wenn sich die europäischen Institutionen auf das Wesentliche konzentrieren und in ihrem eigenen Interesse dabei dem Grundsatz der Subsidiarität folgen. Der Mehrwert einer europäischen Regelung

gegenüber nationalen oder regionalen Lösungen muss klar ersichtlich sein. Ganz nach dem Motto: »Weniger, aber effizienter.« Es freut mich, dass dieser Grundsatz seit 2014 verstärkt Einzug in die Politik der Kommission gefunden hat.

Damit das aber auch fruchtet, müssen die Regionen und vor allem die Regionalparlamente Input nach Brüssel geben, sich aktiv einbringen und nicht duldend hinnehmen, was sie von europäischer Ebene überkommt. Die vom Kommissionspräsidenten 2017 eingesetzte Task Force für Subsidiarität forderte regel-

recht eine »aktive Subsidiarität«, also eine sichtbarere und zielgerichtete Rolle der Regionen und ihrer Gebietskörperschaften. Das sollten doch gerade die deutschen Länder aufgreifen und sich möglichst frühzeitig in die politische Entscheidungsfindung einbringen.

Die deutschen Landesparlamente, meine Damen und Herren, sind nämlich gelebte Subsidiarität. Sie wissen, was am besten vor Ort und was besser übergeordnet geregelt werden kann. Landesparlamente sind nah an den – zumeist regionalen – Problemen der



dungsbüro in Brüssel eingerichtet. Die verstärkte sächsische Repräsentanz bei der EU kann der Europafähigkeit unseres Freistaates nur guttun.

Die deutschen Länder verfügen – im Unterschied zu vielen Regionen Europas – über Staatsqualität. Gemessen an ihrer Einwohnerzahl entsprechen viele von ihnen mittelgroßen EU-Staaten. Sie wirken folgerichtig mit Fug und Recht über den Bundesrat an der europäischen Rechtssetzung mit und nehmen ihre Interessen in Brüssel wahr.

Wir als Landesparlament nutzen ferner die Möglichkeiten, die der Lissabonner Vertrag uns bei der europäischen Politikgestaltung und Rechtssetzung bietet – als eine Art »Integrationswächter«. Das betrifft in erster Linie das Frühwarnsystem und damit verbundene Fragen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Uns geht es dabei neben Informationen über europapolitische Entwicklungen vor allem um die Wahrung landesgesetzgeberischer Interessen und Spielräume sowie um die Abwehr ungerechtfertigter Eingriffe.

Das EU-Organ, das den Regionen auf europäischer Ebene eine Stimme verleiht und das Subsidiaritätsprinzip hütet, ist der Ausschuss der Regionen (kurz: AdR). Hier können die Regionen ihre Interessen bündeln und sichtbar



machen. Mehr möchte ich nicht über den Ausschuss der Regionen verraten. Der Freistaat Sachsen wird im AdR von meinem Kollegen Heinz Lehmann vertreten.

Unser heutiger Vortragsredner Karl-Heinz Lambertz ist seit 2001 Mitglied und seit 2017 Präsident des Ausschusses der Regionen. Von 2011 bis 2015 war er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im AdR. Karl-Heinz Lambertz, meine Damen und Herren, hat auf mich immer großen Eindruck gemacht. Er ist ein glühender Europäer und verkörpert wie kaum ein anderer einen betont

europäischen Regionalismus. Denn schließlich leben die Einwohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Osten Belgiens in einem europäischen Kerngebiet par excellence.

Seit 1981 gehört Karl-Heinz Lambertz dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens an, bekleidete zwischen 1990 und 1999 diverse Ministerämter, bevor er 1999 zum Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt wurde. Dieses Amt hatte er bis 2014 inne. Danach war er bis 2016 Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

seit er Senator der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Belgischen Senat.

Politisch mahnt Karl-Heinz Lambertz kontinuierlich das Subsidiaritätsprinzip an und tritt für eine ebenso starke wie solidarische Kohäsionspolitik ein, die den EU-Regionen »einen echten europäischen Mehrwert verschafft«. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Gedanken zu unserem heutigen Thema und übergebe Ihnen das Wort, lieber Kollege Lambertz.

Vielen Dank.

Menschen. Schließlich sind die Länder die zentralen Akteure, wenn es um die Umsetzung europäischen Rechts geht. Sie sind die Seismographen, die aufzeigen, wie EU-Politik die Bürger erreicht und wie sich europäische Regelungen auf das Leben der Menschen vor Ort auswirken. Der Sächsische Landtag bringt sich deshalb aktiv in die europäische Politik ein.

Meine Damen und Herren, Sachsen liegt im Herzen Europas, in Mitteleuropa. Wir pflegen deshalb engste Beziehungen zu Polen, Tschechien, Österreich, der Slowakei und Ungarn. Hier setzen wir

auf Dialog und Kooperation unter Nachbarn, unter Freunden. Und hier haben wir es auch selbst in der Hand, die Dinge gemeinsam so zu gestalten, dass sie zu unserem Vorteil sind.

Auf europäischer Ebene läuft das freilich etwas anders. Ein Großteil der Gesetze, die wir als Landtag beschließen, ist durch europäisches Recht vorgeprägt. Umso wichtiger ist es für uns, über die Geschehnisse auf EU-Ebene frühzeitig im Bilde zu sein. Deshalb haben wir, neben unserem Mitwirken im Ausschuss der Regionen und der CALRE, im September 2016 ein eigenes Verbindungs-

»Europa hat etwas Begeisterndes« Vortrag von Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
lieber Herr Dr. Rößler,
meine Damen und Herren Mitglieder
des Europaparlaments, des Bundes-
tages und des Landtages,
Frau Präsidentin,

vor rund 40 Jahren, als ich im Gegen-
satz zu heute eine viel größere politi-
sche Lebenserwartung als -erfahrung
hatte, war Europa für mich immer etwas
Faszinierendes. Ich habe mich als
Jugendlicher für Europa begeistert.
Begeistert, weil ich aus einer Region
stamme, wo man weiß, was es heißt,
keinen Frieden in Europa zu haben und
wo man zu seiner Jugendzeit noch mit
drei Währungen in der Tasche unter-
wegs war – Deutsche Mark, Niederlän-
dische Gulden und Belgische Franken –,
wenn man ein paar Kilometer nach
links oder nach rechts fuhr.

Lehren aus der Geschichte

Frieden war damals noch greifbar aus
der Lebensgeschichte meiner Eltern

oder meiner Großeltern. Meine beiden
Großväter, beid gestandene Bauern
aus kleinen Dörfern in der belgischen
Eifel, sind alle als Deutsche geboren,
dann nach dem Ersten Weltkrieg Bel-
gier geworden, dann wieder Deutsche,
als Adolf Hitler das Gebiet annektierte,
und nach Ende des Zweiten Weltkriegs
wieder Belgier geworden. Das ist nicht
besonders lustig, vor allem wenn man
die Begleiterscheinungen kennt. Und
ich kenne das noch alles aus der Er-
zählung. Mein Großvater hat zu mir im
Kindesalter immer gesagt: Du musst
studieren, und mach auf keinen Fall
Politik. Das Erste habe ich gemacht,
das Zweite habe ich nicht so ganz be-
rücksichtigt. Aber um das zu ändern,
dazu ist es jetzt definitiv zu spät.

Europa hat etwas Begeisterndes, prak-
tisch für jedermann und für jede Frau.
Europa war auch mit Hoffnungen ver-
bunden. Eine Art Höhepunkt dieser
Hoffnungen haben wir erlebt, als der
»Eiserne Vorhang« fiel. Ich werde nie
den Tag vergessen, als ich auf einer

Fahrt von Brüssel nach Eupen nachts
die Nachricht bekam, die Berliner
Mauer ist offen. Das war eine grandiose
Entwicklung. An sich könnte man
meinen, dieses Europa müsste jetzt in
Höchstform sein. Aber es ist es nicht.
Nein, in der Zwischenzeit hat sich in
Europa vieles verändert. Nationalisti-
sche Töne, die nach meinem Dafür-
halten vor vier, fünf Jahren noch nicht
denkbar gewesen wären, sind heute
wieder an der Tagesordnung. Wer hätte
sich vorstellen können, dass wir eines
Tages in Italien eine Regierung haben,
wie wir sie heute dort kennen. Wer hät-
te sich vorstellen können, dass es in
Europa immer schwieriger wird, irgend-
etwas zu beschließen, weil die Meinun-
gen derart auseinander trafen, dass
man keine gemeinsame Richtung mehr
erkennen kann. Und wer hätte sich vor-
stellen können, dass Europa mittlerweile
für viele mit Ängsten verbunden ist an-
statt mit Hoffnungen. Und es ist mir
schon sehr oft vorgekommen, dass ich
zweimal überlegt habe, ehe ich den
Menschen in der Diskussion anvertraute,



mein Arbeitsplatz sei in Brüssel. Das
ist für viele ein Schimpfwort geworden.
Als Papst Franziskus den Internationa-
len Karlspreis zu Aachen bekam, hat
er eine sehr beeindruckende Rede ge-
halten, die er mit dem Satz anfing:
»Was ist mit dir los, humanistisches
Europa? Du Verfechterin der Menschen-
rechte, der Demokratie und der Frei-
heit.« Ich kann diese Rede nur jedem
empfehlen. Es lohnt sich, dort nachzu-
schauen. Dann wird man feststellen,

dass große Wahrheiten in dem Appell
liegen, sich nochmal zu besinnen.

Ich war vor einigen Wochen in dem Haus,
in dem Robert Schumann sehr lange
gelebt hat. Dort habe ich nochmal erah-
nen können, was sich hinter den gran-
diosen Anstrengungen verbarg, einige
Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs
Kohle und Stahl, die beiden Industrie-
zweige, die man zur Kriegsführung
braucht, unter europäischer Verantwor-

tung zusammenzulegen. Die Aussagen
von damals sind bis heute hochaktuell.
Dennoch: Wenn jemand nach einem
Sündenbock Ausschau hält, wird er
immer öfter den Namen Europa hören.
Das ist eine sehr bedenkliche Entwick-
lung; denn eigentlich brauchen wir
genau das Gegenteil. Es gibt keine
große Herausforderung zu Beginn des
21. Jahrhunderts, die nur ein Staat
allein bewältigen kann, ob er jetzt so groß
wie das Großherzogtum Luxemburg



oder so klein wie die Bundesrepublik Deutschland ist. Nein, es genügt ein Blick auf die Weltkarte, um zu sehen, wie klein unser Kontinent ist und um festzustellen, dass er von allen Kontinenten derjenige mit der höchsten Dichte an Staatsgrenzen ist. Wenn wir uns anderswo in der Welt umschauen, merken wir: Da tut sich einiges, und wenn Europa da mithalten will, ist es allerhöchste Zeit, dass wir in vielen Dingen stärker gemeinsam auftreten.

Europa als persönlicher Mehrwert

Warum glauben die Menschen nicht mehr so an Europa? Das hat sicherlich damit zu tun, dass Europa in vielen Politikbereichen nicht das geleistet hat, was von ihm erwartet wurde. Es ist auch so, dass dieses Europa trotz allen Wohlstands immerhin noch 120 Millionen Menschen kennt, die an der Armutsgrenze leben. Es gibt viele Dinge, wo Europa eigentlich beschließen müsste,

aber nicht zu Potte kommt – wie man es umgangssprachlich nennt –, weil keine Einstimmigkeit erzielt wird.

Da genügt es dann nicht mehr, den Friedensprozess in Erinnerung zu rufen, um Europabegeisterung heraufzubeschwören, obschon dieser Friedensprozess immerhin noch sehr aktuell ist. Ich glaube nicht, dass es ohne die Europäische Union das wiedervereinte Deutschland gegeben hätte. Ich habe

vor einigen Wochen an der nordirischen Grenze gehört, mit welchen Ängsten die Menschen dort kämpfen und sagen: Ihr auf dem Kontinent wisst vielleicht gar nicht, wie zerbrechlich immer noch der Friedensprozess bei uns ist, der aus dem famosen Karfreitagsabkommen entstanden ist. Das wäre ohne die Europäische Union so nicht möglich gewesen.

All das gehört zur europäischen Wirklichkeit. Ich bin auch immer überrascht, wenn ich in europäischen Regionen unterwegs bin und mir dort Menschen unter den unterschiedlichsten Konstellationen und an den verschiedensten Orten erklären, wie toll sie Projekte haben verwirklichen können, weil die Europäische Union das mit unterstützt oder weil die Unterstützung der Europäischen Union dazu geführt hat, dass man Projekte auf die Tagesordnung gesetzt hat, die sonst wahrscheinlich immer nur an der dritten oder vierten Stelle vorgekommen wären. Das gilt ganz besonders im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Aber all das genügt nicht. Wie können wir den Menschen wieder Lust auf Europa machen? Oder was muss sich in Europa ändern, damit dort wieder ein anderer Geist hineinkommt? Nach vielem Überlegen bin ich mittlerweile der Meinung, dass die Antwort sehr einfach



ist. Aber das hinzubekommen, das ist verdammt schwierig. Es gibt eigentlich nur ein Kriterium, auf das es ankommt: Europa wird dann erfolgreich bleiben und eine Zukunft haben, wenn es uns gelingt, die Menschen da, wo sie leben, in ihren Dörfern, Gemeinden, Städten und Regionen, davon zu überzeugen, dass die Zusammenarbeit in Europa für sie ganz persönlich einen materiellen, einen intellektuell-geistigen und auch einen emotionalen Mehrwert hat. Das muss das Ziel sein. Alles was wir tun, müssen wir auf dieses Ziel hin ausrichten. Aber nicht, indem wir irgendwelche Public-Relations-Coups erfinden, sondern indem wir nachvollziehbar vor Ort handeln. Deshalb bin ich zutiefst davon

überzeugt, dass Europa nicht zuerst Brüssel, Straßburg oder Luxemburg ist, sondern eigentlich da ist, wo die Menschen leben.

Europa von unten

Europa muss da ein bisschen vom Kopf auf die Beine gestellt werden. Die Regionen haben eine ganz bedeutende Rolle zu spielen, genau wie die Kommunen. Wir haben rund 100 000 Kommunen und etwa 300 Regionen in Europa, und wenn die alle in dieselbe Richtung wirken, wenn die sich der Bedeutung des Brückenschlags zwischen ihrer Situation und dem, was europäisch zu beschließen

ist, bewusst werden und dementsprechend handeln, dann entsteht da Bewegung. Diese Bewegung wünsche ich mir; denn ich glaube, es ist die einzige Art und Weise, um in Europa voranzukommen.

Deshalb bedaure ich ein klein wenig, dass Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, den ich ansonsten sehr aus der langjährigen Zusammenarbeit schätze, in seiner letzten großen Rede zur Lage der Union mit keinem Wort diese Dimension der Europa-Politik erwähnt hat. Er hat sehr viel Richtiges gesagt, aber da fehlen das Bekenntnis und die Aussage zu diesem Europa von unten.



Ich denke, wir müssen wirklich alles darauf fokussieren, wenn wir noch einmal Bewegung bekommen wollen. Die Regionen sind da wichtig, sie sind für zwei Drittel der öffentlichen Investitionen in Europa verantwortlich. Sie sind auch für rund 70 Prozent der umzusetzenden Richtlinien verantwortlich. All das ist ein Grund mehr, dass Europa sich mehr mit den Regionen und Gebietskörperschaften beschäftigt.

Ich möchte jetzt nicht missverstanden werden. Ich gehöre nicht zu denen, die meinen, wir müssten jetzt eine Republik Europa schaffen, wo wir die Staaten in den Mülleimer der Geschichte werfen und alles auf die Regionen setzen. Das

ist ein Gedankenspiel, aber so wird das nicht laufen. Das ist auch nicht meine Vorstellung. Ich glaube, dass wir die Kraft des europäischen Mehrebenensystems im Gemeinwesen Europa entwickeln müssen, wo jede Ebene ihre Aufgabe hat und wo es dann auch gelingt, die großen Unterschiede bei der Gestaltung von Autonomien in den einzelnen Staaten so aufzugreifen, dass am Ende immer die Politik herauskommt, von der die Menschen sagen: Das hat einen Mehrwert für mich ganz konkret da, wo ich lebe. Wo der Bürgermeister sagen kann: Das ist gute Europapolitik, dazu stehe ich auch und so können wir gemeinsam etwas in Bewegung setzen.

Mehr Subsidiarität nötig

Wenn man dieses Thema theoretisieren will, dann gibt es den wunderbaren Begriff Subsidiarität. Ich habe in meinem Leben Tausende Seiten über Subsidiarität gelesen. Bei jedem Buch habe ich am Ende mehr Fragen als Antworten. Wir sollten gar nicht versuchen, eine wissenschaftlich perfekte Definition von Subsidiarität zu geben. Wir sollten auf den Grundgedanken eingehen, denn der ist einfach: Politik soll immer so nahe wie möglich an den Menschen gestaltet werden. Das fängt bei der Kommune an, das geht zur Region weiter, das läuft über den Staat und endet bei Europa. Europa muss dafür sorgen,



dass es sich nur mit den Dingen beschäftigt, bei denen europäische Normen und Entscheidungen einen echten Mehrwert haben.

Das hat auch Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2017 deutlich gesagt, und er hat das getan, was alle großen Staatsmänner in so einem Fall tun, er hat einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, die Taskforce Subsidiarität. Ursprünglich sollte sie aus dem Europaparlament und den Vertretern der nationalen Parlamente bestehen. Wir haben aber als AdR dafür gesorgt, dass wir dazu kamen. Das Parlament hat sich dann herausgezogen, was ich ein bisschen bedaure, aber ich glaube

nicht, dass die hiesigen Europaparlamentarier dafür verantwortlich waren. Wie dem auch sei, diese Taskforce hat nach einem halben Jahr intensiver Arbeit einen Bericht vorgelegt.

Darin steht mehr zur Subsidiarität als das, was Juncker vergangene Woche in Straßburg zitiert hat, nämlich die Abschaffung der Sommerzeit oder Winterzeit als Paradebeispiel der Anwendung des Subsidiaritätsbegriffs. Einerseits bin ich da ein bisschen sauer und hatte etwas anderes erwartet, vor allem etwas Wichtiges; denn die Abschaffung der Sommerzeit hat nichts mit Subsidiarität zu tun. Die EU will den Staaten verbieten, Sommer- und Winterzeit zu

haben, und sie verpflichtet die Staaten, sich für eine Zeitzone zu entscheiden. Das ist ein wichtiges Thema, hat aber mit Subsidiarität überhaupt nichts zu tun. Wenn man allerdings die Papiere genau liest, die der Rede beigelegt worden sind, findet sich auf Seite 111 eine ganze Seite über die Ergebnisse der Taskforce. Andererseits bin ich auch ein bisschen froh. Denn hätte Juncker da eine perfekte Aussage gemacht, hätte ich heute nichts zu sagen und vor allem nichts, wenn ich am 9. Oktober 2018 im Ausschuss der Regionen selbst einen Bericht zur Lage der Union aus Sicht der Gebietskörperschaften abgeben kann.

Subsidiarität ist laut Taskforce-Bericht weder ein Schiedsrichterspiel mit verschiedenen Karten – das sollte man heute Abend dem Spiel Dresden gegen Hamburg überlassen – noch ist es etwas, was man mit einem Pingpong-Spiel und mit dem Herumschieben von Zuständigkeiten zu sehr belasten sollte. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Subsidiarität kann man schließlich auch als Speerspitze gebrauchen, um Europa zu zerstören.

Die Taskforce war der Meinung, dass die geteilten Zuständigkeiten in staatlicher und europäischer Ebene, so wie sie jetzt in den EU-Verträgen stehen, grundsätzlich in Ordnung sind. Wir sehen keinen Kompetenz- oder Zuständigkeitsblock, den man als Ganzes



wegnehmen könnte. Das war unsere Meinung. Aber wir sind auch davon überzeugt, dass wir uns im Detail und pro Verordnung damit auseinandersetzen müssen, wie weit die Regelungsdichte gehen soll, wenn Europa etwas gestaltet. Das ist die entscheidende Frage, auf die es ankommt. Da kann man bei gewissen Texten schon von einer Detailverliebtheit, um nicht zu sagen einer Detailversessenheit reden. Ich denke, da ließe sich einiges neu orientieren. Die Taskforce hat dafür einen Prüfbogen vorgeschlagen und vor allem auch eine neue Sicht der Dinge, etwas Aktives, etwas, was sich nicht nur beschränkt auf den ersten Augenblick des Entstehens eines Textes,

wenn die Kommission ihren Vorschlag macht. Eigentlich muss man vorher schon mehr im Geschäft und im Gespräch drin sein, wenn man sinnvoll arbeiten will. Subsidiarität hört nicht mit dem Vorschlag der Kommission auf. Nein, da gibt es noch das Bermuda-Dreieck am Ende, wo entschieden wird zwischen Kommission, Parlament und Ministerrat. Dort muss noch einmal nachgeprüft werden, ob in Sachen Subsidiarität alles in Ordnung ist. Die spannende Frage ist, wie diese Diskussion nun weitergeführt wird. Österreich hat ja vor, am 15. und 16. November dieses Jahres in Bregenz eine große Subsidiaritätskonferenz zu organisieren. Wir dürfen darauf gespannt sein.

Wir brauchen aber auch in Europa, wenn wir dieses Ziel, näher zu den Leuten hinzukommen, erreichen wollen, eine neue Form des Dialogs. Man kann jetzt behaupten, es geschehe so unwahrscheinlich viel an Bürgerdialogen. Das stimmt, es wird viel getan. Manchmal kann man sich sogar vor Bürgerdialogen gar nicht mehr retten. Aber das ist alles leicht unkoordiniert und eines fehlt total, nämlich die Antwort auf die Frage, was denn mit den Ergebnissen eines solchen Bürgerdialogs geschieht, wenn er stattgefunden hat, wenn die Leute nach Hause gegangen sind und sich dann drei Wochen später fragen: Ja, was ist aus meinen Vorschlägen geworden? Da müssen wir etwas Systematisches aufbauen. Ich denke, dass wir im Ausschuss der Regionen gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss vielleicht irgendeine Plattformfunktion ausüben könnten, die sehr sinnvoll für die Entscheidungsträger in Europa werden kann.

Europa strebt vor großen Herausforderungen. Man kann das Thema für Thema durchchecken. So ist das Gesetzgebungsprogramm, das Kommissionspräsident Juncker jetzt in noch gekürzter Form vorschlägt, für die Europaparlamentarier eine richtige Herausforderung, wenn das alles bis zum Mai nächsten Jahres fertig sein soll. Ich glaube, es ist wichtig, dass einiges davon auch wirklich noch kommt; denn das beweist ja, dass Europa handlungsfähig ist.



Ein Europa von unten, solide finanziert

Aber wir brauchen auch, wenn wir Europapolitik gestalten wollen, die nötigen Finanzmittel. Es ist eine traurige Geschichte, wenn ich erlebe, wie an gewissen Orten auf informellen Ministerräten darüber gestritten wird, ob man für Europa 1,0 Prozent, 1,14 Prozent oder 1,3 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung stellt. Das ist knauserig, wenn ich die

großen Ziele sehe, die vor uns stehen, die neuen Aufgaben, und ich kann gar nicht die Meinung derer teilen, die sagen, wenn die Briten jetzt weg sind, dann muss auch weniger Geld zur Verfügung stehen. Da ist sich der AdR sehr einig mit dem Europaparlament. Aber ich habe erlebt, was los ist, wenn auf einem informellen Ministerrat das Parlament 1,3 Prozent vorschlägt, die klugen Leute vom AdR das auch noch erwähnen und dann plötzlich die

Phalanx derer auftritt, die weniger Mittel für Europa vorsehen wollen.

Das wird noch eine knallharte Diskussion. Ich glaube, dass das Bild von Kommissar Günther Oettinger da sehr passt. Er hat ja gesagt: Europa ist zurzeit den Europäern den Preis von einer Tasse Kaffee pro Einwohner pro Tag wert. Das ist echt mickrig. Man könnte, je nach Region, wo man sich befindet, vielleicht noch ein Croissant dazutun

oder ein Stück Dresdner Christstollen oder – ich will ja auch belgischen Patriotismus pflegen – eine Tüte guter belgischer Fritten. Dann ginge das in Europa schon bedeutend besser.

Es wird nicht einfach werden. Wir haben bei dieser Debatte über die Mittel der Europäischen Union auch abzuwägen, was für die einzelnen Bereiche zur Verfügung steht. Es gibt neue große Herausforderungen. Das ist richtig. Aber wenn ich neue Herausforderungen habe, muss ich mich auch nach neuen Mitteln umsehen. Da ist etwas, was wir als Ausschuss der Regionen nicht akzeptieren – da sind wir auch sehr froh über die Unterstützung aus Sachsen –, das ist die Darstellung, dass die Kohäsionspolitik, die ein bisschen die DNA europäischer Regionalpolitik ist, zum alten Eisen gehört, eine Politik von gestern ist, die man ersetzen muss durch etwas Neues. Das geht gar nicht! Kohäsionspolitik ist eine Methode – mehr denn ein Inhalt –, wie man gemeinsam im Mehrebenensystem politische Projekte beschließt, umsetzt und in eine Perspektive bringt.

Deshalb ist es wichtig, dass die Kohäsionspolitik weiter einen substanziellen Teil des europäischen Budgets ausmacht. Deshalb sind wir im Ausschuss der Regionen auch gar nicht glücklich darüber, dass man sie in den aktuellen Vorschlägen um 10 Prozent gekürzt hat.

Wichtig ist jedoch – das möchte ich hier auch sagen –, dass die Ausgangsdiskussion bei dieser Debatte schon korrekt war. Gemeinsam mit sechs weiteren Partnerorganisationen haben wir uns mit unserer Kohäsionsallianz dafür stark gemacht, dass alle Regionen daran beteiligt werden können, dass es bei den drei Kategorien bleibt. Diese Positionen, die durchaus umstritten waren, finden sich auch dank der starken Position des deutschen Bundesrates letztlich in dem Kommissionsvorschlag wieder. Ich finde, dass Kommissar Oettinger da den Ball wirklich in die Mitte des Spielfeldes gelegt hat. Das hätte auch anders aussehen können. Da bleibt aber noch sehr viel zu tun.



Gerade bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit genügt es nicht zu sagen, wie toll es ist, dass man grenzüberschreitend zusammenarbeitet. Man muss auch die Mittel dafür vorsehen. Deshalb sind gewisse Kürzungen in dem Bereich inakzeptabel. Wichtig ist jedoch, dass es endlich einmal gelungen ist, die People-to-People-Projekte, die Kleinprojekte als eigenständige Größe zu etablieren und nicht von irgendwelchen Schwerpunkten abhängig zu machen. Das hat einen großen Mehrwert und hat verdammt viel Arbeit gekostet, gewisse Betonköpfe in der EU-Kommission – ich spreche nicht von Kommissaren – davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, so etwas zu machen und dass das interessanter und effizienter ist als so manche Million, die in irgendwelche Broschüren investiert wird, die kein Mensch liest.



enter ist als so manche Million, die in irgendwelche Broschüren investiert wird, die kein Mensch liest.

Europa gemeinsam gestalten

Sehr geehrte Damen und Herren!
Ich sollte hier ein Impulsreferat halten. Ich habe das versucht, aber wir werden ja nachher sehen, wie das bei Ihnen angekommen ist. Ich möchte zum Anfang zurückkommen. Ich habe Ihnen gesagt, dass in meiner Jugendzeit Europa etwas Begeisterndes war. Das ist es heute auch noch, aber die Umstände haben sich verändert. Ich bin dennoch fest davon überzeugt, dass wir gerade auch die jungen Generatio-

nen dafür begeistern müssen, dass es sich lohnt, sich weiter in Europa und in seiner Region zu engagieren, verwurzelt zu sein, aber diese Öffnung, dieses Suchen nach Kontakten in Europa auch ebenso intensiv zu betreiben. Das ist etwas, worauf wir allergrößten Nachdruck legen sollten. Und ich glaube auch, dass wir in Europa in den nächsten Monaten und Jahren wichtige Entscheidungen treffen müssen, so wie es die Gründungsväter taten.

Wir brauchen nicht nur ein wirtschaftlich erfolgreiches Europa, sondern auch eines, das voll und ganz den Zielen der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts dient. Da zitiere ich immer

gern – heute ist mein Juncker-Tag – den damaligen Premierminister Juncker, als er 2006 als luxemburgischer Premierminister den Karlspreis zu Aachen bekam und sagte: »Wenn es uns nicht gelingt, in den nächsten zehn Jahren die erfolgreiche wirtschaftliche Union auch durch eine soziale Union zu vervollständigen, dann wird Europa scheitern.« 2006 plus zehn Jahre, das ist schon zwei Jahre her. 2017 hat es den sogenannten Gipfel zum sozialen Pfeiler in Göteborg gegeben, der aber allein nicht genügt. Hier gibt es noch Nachholbedarf, auch in anderen Bereichen.

Ich hoffe, dass das alle gemeinsam hinbekommen. Vielleicht werden wir die Geschwindigkeiten differenzieren müssen, wenn es nicht anders geht. Aber wichtig ist, dass wir alle in dieselbe Richtung marschieren. Um das wirklich tun zu können, bedarf es Mut, auch gegen populistische Europakritik, und es bedarf eines starken Engagements. Lassen Sie mich dazu aus der Berliner Europarede des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck zitieren: »Wir brauchen mehr Mut für Europa. Wir brauchen keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger, keine Zauderer, sondern Zupacker, keine Getriebenen, sondern Gestalter.« Lassen Sie uns alle gemeinsam gestalten!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorstellung der Teilnehmer auf dem Podium



Karl-Heinz Lambertz

Karl-Heinz Lambertz ist seit 2001 Mitglied und seit 2017 Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR). Von 2011 bis 2015 war er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im AdR. Seit 1981 gehört der studierte Rechtswissenschaftler dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens an, bekleidete zwischen 1990 und 1999 diverse Ministerämter, bevor er 1999 zum Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt wurde. Dieses Amt hatte er bis 2014 inne. Danach war er bis 2016 Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, seither ist er Senator der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Belgischen Senat.



Dr. Cornelia Ernst

Die Diplom-Pädagogin ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Sprecherin der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament. Von 1998 bis 2009 war sie Mitglied des Sächsischen Landtags (mit Sitz im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa) und von 2001 bis 2009 Vorsitzende der PDS Sachsen bzw. nach deren Umbenennung Vorsitzende von DIE LINKE Sachsen. Ihre politischen Interessensgebiete sind u. a. Demokratie-, Freiheitsrechte und Datenschutz, die Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie die regionale Entwicklung in der Europäischen Union und die Interregionale Zusammenarbeit zwischen Sachsen, Tschechien und Polen.



Czesław Fiedorowicz

Czesław Fiedorowicz war von 1993 bis 2001 und von 2005 bis 2007 Abgeordneter des Sejm der Republik Polen, zuletzt für die Bürgerplattform (PO). Der studierte Ingenieur hatte von 1990 bis 1998 in seiner Heimatstadt Gubin das Amt des Bürgermeisters inne. Hier wirkte er federführend bei der Schaffung der Euroregion Spree-Neiße-Bober mit. Von 2014 bis 2015 war er für die Polnische Bauernpartei (PSL) Abgeordneter, von 2016 bis 2018 Vorsitzender des Sejmijs der Wojewodschaft Lubuskie (u. a. Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung der Woiwodschaft). Czesław Fiedorowicz setzt sich seit Jahren für die Kooperation zwischen der Wojewodschaft Lubuskie und dem Freistaat Sachsen ein.



Hermann Winkler

Hermann Winkler ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er sitzt dort im Ausschuss für Kultur, Bildung und Medien sowie im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Ferner ist er Mitglied der Delegation für den Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Montenegro. Der studierte Maschinenbauingenieur kam 1990 in die Politik, war von 1990 bis 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags sowie von 2004 bis 2007 Staatsminister und Chef der Sächsischen Staatskanzlei. Neben vielen anderen Parteiämtern war er von 2001 bis 2004 Generalsekretär der sächsischen CDU. Seit 2016 ist er zudem im Ehrenamt Präsident des Sächsischen Fußball-Verbands.



Dr. Antje Nötzold

Antje Nötzold ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Internationale Politik an der TU Chemnitz. Die studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin wurde 2010 zum Thema »Die Europäische Energieversorgungssicherheit und die Herausforderung durch die Energiepolitik der Volksrepublik China« promoviert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind neben den Themen Nukleare Proliferation, Ressourcenpolitik und Versorgungssicherheit insbesondere die europäische Energiepolitik sowie die europäische Nachbarschaftspolitik. Zusammen mit Beate Neuss hat sie Bände zur Rolle Polens im europäischen Integrationsprozess und zur EU-Mittelmeerpolitik herausgegeben.





Dr. Antje Nötzold, Moderation: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Sie jetzt noch einmal zur Podiumsdiskussion begrüßen zu dürfen. Zuerst aber danke ich Herrn Lambertz für seine Rede. Sie wird uns sehr viele Impulse für die Diskussion geben. Ganz herzlichen Dank, dass Sie nicht nur Ihre Begeisterung für Europa mit uns geteilt haben, uns geradezu hinweggetragen haben nach Brüssel, was – glaube ich – für alle hier im Raum kein Schimpfwort darstellt, sondern auch nicht verschwiegen haben, dass Europa derzeit nicht in Höchstform ist.

Sie haben erwähnt, dass man, wie häufig im Leben, wenn man etwas erreichen möchte, Geld benötigt, um das Ganze zu finanzieren. Das bringt mich als erstes zu Frau Dr. Cornelia Ernst, die hier aus der Region stammt, seit 2009 Mitglied im Europäischen Parlament ist, auch als Mitglied im Bundesausschuss der Partei DIE LINKE aktiv ist und als ihre Arbeitsgebiete die

regionale Entwicklung in der EU, aber auch die interregionale Zusammenarbeit zwischen Sachsen und den benachbarten Ländern Tschechische Republik und Polen angibt. Was sind denn aus Ihrer Sicht Erfolge, aber vielleicht auch Defizite in der Kohäsionspolitik, speziell mit Blick auf die Region Sachsen, einem Zielland der Kohäsionspolitik?

Dr. Cornelia Ernst: Vielen Dank. Es freut mich sehr, hier zu sein und zu dieser wichtigen Problematik ins Gespräch zu kommen. Die Kohäsionspolitik ist natürlich, wenn man den Blick auf Sachsen wirft, ein sehr wichtiger Punkt der Entwicklung gewesen. 40 Prozent aller Mittel, die hier in den vergangenen Jahren verbraucht wurden, hängen mit Europa zusammen. Auch der Aufbau vieler neuer Institutionen, der Bau von Infrastruktur usw. nach der Wende hängt unmittelbar damit zusammen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den man ansprechen muss. Schließlich müssen wir begreifen, dass Europa an

dieser Stelle nicht nur eine finanzielle Frage ist, sondern etwas, von dem wir tatsächlich gemeinsam profitieren, auch in Richtung Polen und Tschechien.

Ich habe lange Zeit in einer Grenzregion gelebt. Mein Vater war bei der Armee, wir waren unmittelbar an der Grenze zu Westdeutschland und haben erlebt, was es genau heißt, an der Grenze zu sein und wie schlimm es ist, wenn man so etwas Vermintes vor sich hat. Deshalb glaube ich, dass man über mehr diskutieren muss als nur über Geld, wenn man über solche Fragen redet, aber über Geld eben auch.

Was wollen wir für eine Kohäsionspolitik? Wir wollen, dass alle Regionen gefördert bleiben, aber dass Kofinanzierungssätze gewählt werden, die auch für alle erreichbar sind. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn ich riesige Kofinanzierungsmittel benötige, dann kann ich viele Projekte gar nicht realisieren. Das weiß ich auch von

westdeutschen Regionen, die sagen, sie würden es gern tun, haben aber gar nicht das Geld zur Kofinanzierung. Über diese Frage müssen wir reden. Wir müssen darüber reden, was wirklich für die traditionelle und wichtige Kohäsion übrig bleibt, wenn man jetzt neue Fonds gründet für Solidaritätschor, für Erasmus-Aufstockung – das haben wir auch selbst gewollt, keine Frage –, aber auch für andere Bereiche.

Und wir sind heftige Kritikerinnen und Kritiker eines Verteidigungsfonds. Weshalb kommt jetzt ein Verteidigungsfonds dazu? Wenn wir in die EU-Verträge schauen, dann werden wir feststellen, dass für Rüstung, und es geht zum Beispiel um Rüstungsforschung, Gelder weggestohlen werden, die in anderen Gebieten viel wichtiger wären. Das ist gar nicht erlaubt. Die Kommission beruft sich hier auf den Wettbewerb, der Wettbewerb würde diese Mittel befördern und vorantreiben. Deshalb sei das gesetzmäßig, was

es aber nicht ist. Es ist, wenn man so will, illegal. Wir finden, das ist falsch, und hier wird Geld verplempert, das wir woanders mehr benötigen.

Oder zum Beispiel Migration: alles toll, was die Integration fördert und das Ankommen zu Geflüchteten. Ja, das unterstützen wir. Aber ich weiß nicht, warum wir viel Geld einsetzen, um die Rückführung in afrikanische Lager besser zu organisieren. Aber auch solche Dinge, bei denen wir meinen, man müsse einfach einmal sehen, wie die Struktur für die künftige Regional- und Strukturpolitik denn aussehen soll. Da müssen wir z.B. über die Landwirtschaft reden. Wir freuen uns, dass es dafür Gelder gibt und dass die Kürzungen vielleicht doch nicht so drastisch sind. Aber wenn wir ganz ehrlich sein wollen, müssen wir die Landwirtschaft umstrukturieren. Dafür tut die EU nichts, sie macht nichts, und das ist sehr schade.

Einen letzten Punkt will ich noch benennen. Wir sind hier in Sachsen eine Region, die mit Kohle zu tun hat, wo nach der Wende Strukturwandel unter großen Schwierigkeiten stattfand und wo Strukturwandel noch stattfindet. Ich glaube, wir müssen bei den Verhandlungen im Parlament und dann natürlich vor allen auch im Trilog schauen, dass wir diese Region nicht außen vor lassen. Strukturwandel braucht Mittel, braucht aber auch Perspektiven. Insofern muss ich sagen, dass es ein schwerer Kampf werden wird, auch dass wir die Übergangsregionen behalten und dass diese halbwegs vernünftig finanziert bleiben. Wir wissen jetzt schon, dass es für Sachsen weniger Gelder geben wird. Da müssen wir überlegen, was man finanzieren kann und was nicht. Insofern glaube ich, dass wir in der Kohäsionspolitik an einem gewissen Wendepunkt sind, an dem wir überlegen müssen, wie es weitergehen soll. Da bin ich dann ganz bei Ihnen, Herr Lambertz. Alles was Sie



gesagt haben, unterstützte ich an dieser Stelle sehr. Wir müssen etwas tun, was in den Regionen wirksam ist, was diese in ihre eigenen Hände nehmen können, wo sie nicht großartig reguliert werden, wo wir unbürokratischer werden, wo wir Budgetmöglichkeiten zulassen. Ja, wo auch ganz normale Bürgerinnen und Bürger merken, das bringt mir etwas, es gut ist, das zu haben. Insofern glaube ich, haben wir eine Menge zu tun.

Dr. Antje Nötzold: Vielen Dank. Wir haben gesehen, dass die verschiedenen Regionen ihre eigenen Interessen haben, mit denen sie auch in Brüssel agieren. Das bringt mich zu unserem polnischen Gast, den ich ganz herzlich begrüßen darf, Herrn Czesław Fiedorowicz. Er ist der Vorsitzende des Sejmijs der Wojewodschaft Lubuskie. Außerdem ist er der Mitbegründer und Präsident der Euroregion Spree-Neiße-Bober. Ich freue mich ganz herzlich, dass Sie hier sind und uns die Sichtweise einer polnischen Region darstellen können.

Das bringt mich auch zur ersten Frage an Sie: Wie würden Sie den Einfluss der polnischen Regionen auf die EU, auf die europäische Politik darstellen, auch die Möglichkeiten einer polnischen Region, eine eigene EU-Politik zu betreiben?

Czesław Fiedorowicz: Guten Tag! Ich komme aus Zielona Góra. Ich möchte Sie um Nachsicht bitten, dass ich weiter in Polnisch reden werde. Zwar habe ich während meiner Bürgermeisterperiode Deutsch gelernt, ich war Bürgermeister zwischen 1990 und 1998 in der Grenzstadt an der Lausitzer Neiße, in Gubin, aber ich glaube, dass uns mein Polnisch die Chance gibt, besser zu verstehen, welche guten Unterschiede die Sprache macht.

In Polen sind die Regionen etwa 20 Jahre alt. Sicherlich ist es so, dass die Kohäsionspolitik eine viel größere Bedeutung in Polen hat als in der Bundesrepublik. Sie müssen sehen, dass

Polen ein nicht so dezentralisiertes Land wie die Bundesrepublik oder Belgien oder Österreich ist, und wir verfügen überhaupt nicht über diese Fülle an Budgetmitteln, wie etwa die deutschen Länder das tun.

Ich möchte hier eingangs bemerken, dass wir immer wieder daran denken, welche Bedeutung die tschechischen, polnischen, slowakischen Regionen haben und wie wichtig es dort ist, wie viele Fördermittel für die Regionen im Finanzplan der EU stehen werden. Wir erwarten, dass nach den Jahren 2020/21 die Position der Euroregionen oder der Regionen verstärkt dargestellt wird. Das ist eine Art Chance für die Entwicklung der Regionen. Und es ist auch so zu sehen, dass dies eine Politik ermöglicht, die in gewisser Hinsicht unabhängig von der jeweils herrschenden zentralen Regierung ist.

Ich bin mir dessen bewusst, dass Polen der größte Nutznießer der Kohäsions-

politik ist. Ich weiß, dass Polen in der künftigen Förderperiode sozusagen ein nicht so großer Nutznießer dieser Fördermittel sein wird. Ich fürchte, dass die polnische Regierung demnächst in den Raum stellt, dass die EU so schlecht, so böse auf Polen ist und Polen die Gelder wegnimmt. So einfach wird in Polen Politik betrieben. Man sagt, die EU ist schlecht, es wird uns etwas weggenommen.

Wohl aber gab es jüngst Umfragewerte, laut denen 84 Prozent der Polen für Europa, für die Europäische Union sind. Also die Werte sind gut. Ich muss ja sagen, ich bin von der Generation von Polen, die von der EU geträumt haben. Ich bin über 60, und ich kann mich gut daran erinnern, als ich noch Chef der Solidaritätsbewegung in einem Betrieb in Polen war. Für uns war die Europäische Union eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auf die Freiheit. Bitte bedenken Sie, für uns Polen sind die Fördermittel sehr wichtig; denn in den

letzten einhundert Jahren seit der Unabhängigkeit haben wir auch große Armut erlebt. Herr Lambertz weiß das: Wir Polen sind große Träumer von der Freiheit. Meine Tochter wohnt in Salzburg, mein Sohn in Barcelona. Sie haben den Wind der Freiheit mitbekommen. Und auch wenn sie Europäer sind, fühlen sie sich in Österreich oder in Spanien doch mehr als Fremde. Für uns Polen ist das eine Motivation, um besser zu werden. Wir erwarten von der EU, dass mit Hilfe der Fördermittel die Bereiche gestärkt werden, aus denen sich sonst Angst und Befürchtungen entwickeln. Ich glaube, wir stehen vor großen Herausforderungen; denn auch in Polen entstehen wieder Nationalismus, Separatismus und eine Art Abkapselung von Europa. Die Idee, Europa aufzubauen, muss immer wieder erneuert werden und Kohäsionspolitik sollte das berücksichtigen.

Dr. Antje Nötzold: Vielen Dank. Ich möchte noch den vierten Teilnehmer

unserer Podiumsdiskussion vorstellen. Hermann Winkler war von 1990 bis 2008 Mitglied des Sächsischen Landtags, dabei von 2004 bis 2007 Staatsminister und Chef der Sächsischen Staatskanzlei. Seit 2009 ist er Mitglied im Europäischen Parlament, dabei auch Mitglied im Vorstand der EVP-Fraktion. Deshalb würde ich Sie gern fragen, inwiefern die Europa-Abgeordneten neben den Vertretern ihrer Nation und Partei auch Vertreter ihrer Region im Parlament sind. Inwiefern spielt hier die regionale Komponente eine Rolle? Wird sie von einigen Parlamentariern genutzt, um ihre Region auch in dem Gremium zu vertreten?

Hermann Winkler: Das ist ein spannender Punkt, weil ich nach den vielen Jahren in der Landespolitik auch etwas ganz Neues gelernt habe, nämlich dass im Europaparlament die regionale Zusammenarbeit viel stärker ausgeprägt ist als die Fraktionszusammenarbeit oder die parteiliche Zusammenarbeit.



Da ist es teilweise wirklich so, dass man, wenn man bestimmte Probleme anpackt, zuerst schaut, wo man Kollegen aus anderen Regionen mit ähnlichen Problemen findet, die aber vielleicht in einer ganz anderen Fraktion sind. Das hat zwar manchmal auch den Nachteil, dass man, wenn man einen Vorschlag macht, nicht unbedingt weiß, ob die eigene Fraktion hinter einem steht, weil die auch regional orientiert ist. Aber das ist eine unheimlich schöne Zusammenarbeit, gerade auch mit unseren östlichen Nachbarn, den Polen, den Tschechen und anderen Partnern, die ich als Sachse und als Deutscher für unheimlich wichtig halte.

Sie haben das so schön gesagt: Die Regionen sind ganz wichtig in Europa. Ich merke, dass wir leider als Sachsen zwar immer sagen, wir liegen im Herzen vom neuen Europa, und wir das auch praktizieren, aber dass das deutschlandweit noch nicht in den Köpfen drin ist. Da spüre ich immer

noch eine starke Ausrichtung nach Frankreich, also nach Westeuropa, wie das früher eben so war vor dem Fall der Mauer. Deshalb finde ich, dass wir als ostdeutsche Vertreter auch eine besondere Verantwortung haben, zusammen mit den Nachbarn aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien, Europa ein bisschen neu zu gestalten. Daraus ergeben sich natürlich vielschichtige Zusammenarbeiten.

Ich gehöre zu denen, die, wenn es ums Geld geht, auch ab und zu Ärger bekommen, weil irgendein europäisches Projekt irgendwo in den Landkreisen nicht genehmigt wird, weil das Geld nicht da ist oder so. Ich verteidige dann auch die Tatsache, dass die Polen diejenigen sind, die am meisten europäische Fördergelder bekommen, weil dort eben der Nachholbedarf viel stärker ist als bei uns. Das muss man einfach anerkennen. Das gehört für mich zur Solidarität dazu. Deshalb genieße ich auch diese Zusammenarbeit

mit den Nachbarn. Und wie gesagt, daraus ergeben sich eben völlig neue Konstellationen, auch parteipolitisch.

Das wiederum darf aber nicht dazu führen, dass man denjenigen, die etwas bekommen, bestimmte Dinge nicht abfordert. Da haben wir natürlich unsere wunden Punkte – Stichwort Migrationspolitik, Flüchtlingspolitik, Aufnahme von Flüchtlingen. Ja, da streitet man sich dann eben auch unter regionalen Freunden, weil ich schon der Meinung bin, wer etwas bekommt, der muss auch eine Gegenleistung bringen. Das muss man sagen dürfen und es gehört eben zur Fairness dazu. Da haben wir noch ein bisschen Gesprächsbedarf mit manchen osteuropäischen Nachbarn, aber das ist ja auch das Salz in der Suppe.

Dr. Antje Nötzold: Vielen Dank. Jetzt haben wir hier den großen Vorteil, dass wir Vertreter aus verschiedenen europäischen Institutionen und Regionen

auf dem Podium haben. Diesen Vorteil möchte ich gern nutzen und eine Frage an Sie alle stellen: Wie schätzen Sie, wenn wir uns den gesamten Brüsseler Betrieb anschauen, die verschiedenen Aspekte ein, die wir jetzt angesprochen haben? Wie gut nutzen die Regionen ihre politischen Möglichkeiten aus, Einfluss auf die europäische Politikgestaltung zu nehmen, auf die Politikformulierung? Ist da Luft nach oben? Vielleicht, Herr Lambertz, darf ich Sie dazu zuerst ansprechen.

Karl-Heinz Lambertz: Ich kenne eigentlich nur ganz wenige Dinge auf der Welt, bei denen es keine Luft nach oben gibt. Das hat mit der Atmosphäre zu tun. Ihre ganz präzise Frage kann ich uneingeschränkt mit Ja beantworten. Aber ich möchte auch noch etwas hinzufügen. Es ist schon beeindruckend zu erleben, wie in den letzten 25 Jahren diese regionale Wirklichkeit vor Ort in den einzelnen Staaten an Bedeutung hinzugewonnen hat, obgleich sie sehr unter-

schiedlich aussieht – eine französische Region ist keine polnische Wojewodschaft und schon gar kein deutsches Bundesland oder eine belgische Region oder eine niederländische Provinz. Gemeinsam ist all den regionalen Strukturen, dass sie mehr und mehr Präsenz auf europäischer Ebene zeigen. Das kommt zum Ausdruck durch etwa 300 regionale Büros, die es in Brüssel gibt, mit manchmal recht bemerkenswerten Hintergründen.

Ich war gerade in Tirol und erinnere mich noch sehr gut daran, als vor etlichen Jahren Nordtirol aus Österreich und Südtirol aus Italien eine gemeinsame Vertretung in Brüssel einrichteten. Das war sozusagen schon fast heimdienstrelevant. Heute ist das eine Selbstverständlichkeit. Es ist toll zu sehen, wie etwa in dem Haus der Hessen auch eine polnische, eine französische und eine italienische Region sitzen. An vielen Stellen wird heute in Brüssel regionale Wirklichkeit spürbar und übt

auch Einfluss auf politisches Wirken aus. Das ist schon eine ganz bedeutende Sache.

Wichtig ist auch, dass sich immer mehr Regionalverantwortliche in Brüssel sehen lassen, vorstellig werden, ihre Projekte verteidigen. Ministerpräsidenten sind sehr oft da, ganze Landesregierungen. Ich habe vor kurzem an einem Tag zwei Landesregierungen begrüßen dürfen – die von Thüringen und die von Rheinland-Pfalz, die beide in Brüssel tagten und das eben nicht, weil sie einen Ausflug machen wollten, sondern weil sie ganz konkrete Interessen hatten, die sie da verteidigten. Auch die Europaausschüsse der Landtage sind vermehrt präsent. Das ist schon ein richtiger und wichtiger Weg. Aber da bleibt noch vieles zu tun.

Ich denke, es kommt auf die Schulter-schlüsse an. Herr Winkler, Sie haben das ganz hervorragend dargestellt. Jeder hat so seine politische Blutgruppe,



aber zuerst geht es einmal darum, deutlich zu machen, was man in Europa voranbringen kann. Da sind diese Partnerschaften wichtig. Das erleben wir im Ausschuss der Regionen mindestens so intensiv wie das auch im Europaparlament der Fall ist. Wir haben da natürlich politische Fraktionen, aber wir sind sehr oft einer Meinung, wenn es darum geht, die Interessen der Gebietskörperschaften in den EU-Entscheidungsgremien möglichst effizient zu vertreten.

Die vielen Vernetzungen, die sozusagen als Kollateraleffekt des gemeinsamen Tagens entstehen, sind eine begeisterte Sache. Ich habe das sehr viel erleben können in den Jahren, in denen ich im Ausschuss der Regionen sitze. Das Beste, was ich oft mit nach Hause gebracht habe, waren nicht die Dinge, die da in einer Resolution standen oder in einer Stellungnahme, sondern die Kontakte, die ich manchmal ganz zufällig machte und wo ich dann etwas in meine eigene Arbeit oder in die anderer

mit einbringen konnte. Das ist fantastisch und das ist das, was Europa stark macht. Das gilt natürlich in ganz besonderem Maße für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Hermann Winkler: Ich hätte nie gedacht, dass ich mit Frau Kollegin Ernst einmal gemeinsame Abstimmungen vorbereite. Und wenn die Linken im Europaparlament nicht gerade meinen Rücktritt als Fußballpräsident fordern, dann kann man mit denen sogar arbeiten. Es ist wirklich so, dass wir im Industrieausschuss teilweise die Anträge, bei denen es um Sachsen geht, vorher besprechen und dann zusammen votieren. Das ist wirklich eine angenehme Erfahrung.

Ich will aber etwas sagen zu der Bedeutung von Europa in den Regionen. Wenn man Gast ist, dann soll man höflich sein. Also wenn der Landtagspräsident Europaabgeordnete einlädt, möchte ich auch etwas Positives sagen. Aber es ist

wirklich ein schönes Beispiel. Der Landtag hat jetzt seit zwei oder drei Jahren einen Verantwortlichen für die Europapolitik in Brüssel sitzen. Dadurch haben wir sehr engen Kontakt. Ich glaube, das ist auch ein Frühwarnsystem für die Fraktionen im Landtag: Was passiert bei uns und worauf kann man sich einstellen? Das ist ein gutes Beispiel. Nächste Woche tagt das gesamte sächsische Kabinett in Brüssel. Auch wir kommen dort zusammen. Das sind Dinge, die sich gut eingespielt haben, und nur so funktioniert es. Das war nicht immer so und ist auch nicht in allen Regionen so. Da wird oft immer noch gesagt: Komm, lass die in Brüssel machen, das ist weniger wichtig. Aber dann funktioniert es eben nicht und es kommt auch nichts heraus für die Region. Insofern machen wir das in Sachsen schon ganz richtig.

Dr. Cornelia Ernst: Ich sage es einmal ganz schlicht: Im Europaparlament geht es darum, vernünftige Mehrheiten für

bestimmte Dinge zu erzielen. Da habe ich ein Päckchen hinter mir, meine Region, ich habe bestimmte Vorstellungen von der Welt in meinem Hinterkopf und bin in einer bestimmten Fraktion. Wenn ich dann beispielsweise sehe, dass im Bereich Landwirtschaft Peter Jahr von der CDU uns angesprochen hatte, als es darum ging, dass aus Westdeutschland einige Abgeordnete gefordert hatten, die EU-Mittel nur noch für bestimmte kleine Höfe zur Verfügung zu stellen, haben wir gesagt: Das geht nicht. Wie man auch immer zur LPG steht, aber so geht es jetzt nicht. Da haben wir zusammen auch mit anderen aus meiner Fraktion einen Antrag gestellt. Er war vielleicht nicht ganz erfolgreich, aber hat deutlich gemacht, dass es hier gemeinsame Interessen gibt.

Oder nehmen wir etwas anderes. Es ging um die Übergangsregionen. In der letzten Legislaturperiode ging es darum, ob es die Übergangsregionen, die so ein Mittelding zwischen den be-

sonders stark zu fördernden und den weniger förderwürdigen Regionen sind, geben oder nicht geben soll. Da war die Kommission gar nicht so begeistert. Aber da haben sich die ostdeutschen Regionenvertreter mit spanischen Regionen, mit welchen aus Portugal oder Polen wie selbstverständlich zusammengetan, die alle in so einer ähnlichen Ebene betroffen waren. Mit denen haben wir uns im wahrsten Sinne des Wortes zusammengerottet und haben dann geschaut, wie wir bestimmte Themen setzen können. Das klappte dann auch.

Oder nehmen wir das Stichwort: 200 Millionen Euro für Leipzig. Ich sage das ganz bewusst. In den letzten harten Deals im Trilog, wo es um den EFRE ging, war ein polnischer Kollege federführend. Wir haben dann die Augen geschlossen und gefragt: Für welche Region ist es zwingend erforderlich, dass ihr auf polnischer Ebene entsprechende Mittel bekommt? Und

dann haben wir gesagt: In Leipzig haben wir ein Problem und wir können das auch begründen. So wurden dann die Deals gemacht. Da passiert es, dass man das Regionale im Rücken hat und gemeinsam nach vorn blickt. Die ostdeutschen Ländervertreter treffen sich regelmäßig. Dann sitzen wir da und fragen: Was beabsichtigt die Kommission? Was ist wichtig für Ostdeutschland? Haben wir Verbündete im Westen Deutschlands, in anderen Regionen? Es läuft grundsätzlich so, was auch Spaß macht.

Also wer Kommunikation als etwas Schreckliches empfindet, lieber für sich allein bleibt und mit dem Kopf durch die Wand gehen möchte, der ist nicht für das Europäische Parlament und die europäische Ebene geeignet. Das will ich einmal so sagen. Insofern versuchen wir natürlich, zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Klar gibt es auch Dinge, bei denen wir anderer Meinung sind – völlig klar.



Dr. Antje Nötzold: Herr Fiedorowicz, wie sehen Sie das im Hinblick auf die polnischen Regionen? Schöpfen Sie Ihre Möglichkeiten aus vor dem Hintergrund der viel stärkeren Zentralregierung in Polen?

Czesław Fiedorowicz: Es ist mittlerweile so, dass zwei polnische Regionen 75 Prozent des durchschnittlichen europäischen Brutto sozialprodukts übersteigen werden. Das ist auch ein deutlicher Beweis dafür, dass die EU-Fördermittel die Benachteiligungen beseitigen helfen und Entwicklung beschleunigen oder befördern. Ich erwarte, dass die neue Politik der Europäischen Union die zentralen Regierungen beeinflussen wird oder einwirken wird auf diese Regierungen, sowohl bei den starken Ländern wie Deutschland und auch bei den neuen Ländern wie Polen. Wenn ich die Tschechische Republik oder die Slowakei betrachte, dann merke ich, dass die Regionen in diesen Ländern

nicht die Stärke haben, die sie eigentlich haben sollten. Meiner Ansicht nach sollte die EU in diesen Ländern das stärken, was gut gelungen ist, und das verbessern, was noch nicht so gut ist, noch nicht gelungen ist.

Hier wurde richtig gesagt, was es bedeutet, unter den Menschen zu vermitteln. Eine solche Podiumsdiskussion ist ein guter Beweis dafür, dass man über verschiedenste Dinge diskutieren kann – zwischen Polen, Deutschen, Belgiern. Die Regionalpolitik, das sind ja in erster Linie Menschen, das sind wir. Wir sind Nachbarn von Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und sind uns daher bewusst, welche Differenzen, welche Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen bestehen. Wir wissen aber auch, dass Sachsen noch nicht Bayern ist. Alles braucht eben seine Zeit, wie man so sagt: Gut Ding braucht Weile und Menschen, die das Gute wollen.

Wir fühlen uns als Region nicht schlechter, aber wir erwarten, dass wir eine gewisse Anlaufzeit haben, um auf das Level zu kommen, auf dem die anderen Regionen sind, die eben mehr Zeit hatten. Vielleicht konzentrieren wir uns zu engstirnig auf die Beträge und Fördermittel, die in der einen oder anderen Region landen, und sprechen zu wenig über die wirkliche, die echte europäische Integration. Wir sprechen nicht darüber, was uns eigentlich verbindet.

An die Europaabgeordneten möchte ich die Bitte richten, dass es die richtige Richtung ist, wenn wir junge Menschen fördern, wenn wir in junge Menschen investieren. In den 1990er- und 2000er-Jahren habe ich viele Europaclubs an Schulen gegründet. Die Jugendlichen standen Europa enthusiastisch und aufgeschlossen gegenüber. Dieses Jugendprogramm gibt es leider nicht mehr und das Programm Erasmus+ bietet diese Chance nicht an. Wie

wollen wir eigentlich die Jugendlichen, die Schüler für diese europäische Idee gewinnen? Ich glaube – und Herr Lambertz weiß das sicherlich –, dass in Brüssel viele intelligente Menschen sind, die Lösungen für solche Probleme in den Regionen hier an der Grenze von Polen und Sachsen finden können.

Dr. Antje Nötzold: Vielen Dank, dass Sie uns an so vielen Erfolgsgeschichten regionaler Einflussnahme haben teilnehmen lassen. Ich möchte trotzdem auch ein bisschen den *Advocatus Diaboli* spielen, denn offenbar kommen viele Erfolgsgeschichten nicht beim Bürger an, wenn wir die wachsende Politikverdrossenheit sehen. Wie Herr Lambertz in seinem Vortrag gefordert hat, müssen die Bürger selbst erfahren können, welche ganz persönlichen Vorteile sie von Europa haben. Da besteht offenbar noch Handlungsbedarf.

Wir haben von den Ergebnissen der Taskforce Subsidiarität gehört. Danach

soll es eine neue Arbeitsweise geben, mit der lokale, regionale und nationale Behörden mehr Mitspracherecht bei der Politikgestaltung erhalten, es soll eine Checkliste geben, mit deren Hilfe an verschiedenen Stellen des Politikprozesses geprüft wird, ob Subsidiarität eingehalten wird. Jetzt meine Frage: Wird damit die europäische Gesetzgebung, die ohnehin schon sehr komplex und für den Bürger kaum durchschaubar ist, wahrnehmbarer und offensichtlicher für den Bürger oder macht es das Ganze nicht eher noch komplizierter? Ist es der Weg in die richtige Richtung?

Karl-Heinz Lambertz: Sie haben das richtig erkannt. Aber man kann nicht alles auf einmal wollen. Entweder bin ich der Meinung, in Europa sitzen die kompetentesten Leute, und die wissen genau, was für jeden vor Ort nötig ist – viele, die da sitzen, machen das übrigens so, das ist keineswegs erfunden – und die dummen Bürger verstehen das eben nicht, wenn das nicht so

richtig klappt. Diese Gebietskörperschaften wissen auch gar nicht, was eigentlich das Richtige für sie ist. Ich habe vor kurzem einmal in Rotterdam auf einem Podium mit fünf Bürgermeistern und einem hohen EU-Beamten gesessen. Der Beamte erklärte dort dann den fünf gestandenen Bürgermeistern, wie man eine Stadt zu managen habe. Und die Bürgermeister bekamen einen immer dickeren Hals. Da bin ich ein bisschen in die Bresche gesprungen und habe den Mann vorsichtig darauf hingewiesen, dass vielleicht die Praktiker das doch auch wissen könnten. Die hätten ihn sonst wohl zerfetzt. Ich habe den Mann gerettet vor der Wut der Betroffenen.

Wenn ich hingegen der Meinung bin, dass da jeder auch mitreden können muss, und das dann mit 100 000 multipliziere für die Kommunen und mal 300 nehme für die Regionen, dann kann man natürlich nicht erwarten, dass Herr Juncker jeden Morgen alle anruft





und fragt: Was haltet ihr denn davon? Das muss man schon sehr genau organisieren. Es ist klar, dass eine größere Berücksichtigung von Subsidiaritätsgesichtspunkten das Verfahren nicht beschleunigt. Aber das ist vielleicht gar nicht so schlimm. Wenn durch Subsidiarität die Dinge auf die europäische Ebene gelangen, die auch wirklich dahin gehören, dann sollte man schon mindestens zweimal darüber nachgedacht haben. Denn manchmal ist Nichtstun ebenso gut. Wenn in strukturierten Verfahren, die freilich nicht unendlich viel Zeit kosten dürfen, diejenigen, die sich Gedanken über Subsidiaritätsfragen gemacht haben, sagen, das eine soll von Europa gemacht werden und das andere könnte auch vor Ort umgesetzt werden, dann hat das einen hohen Mehrwert. Dann ist es mir lieber, man hat ein bisschen länger gebraucht und etwas Vernünftiges gemacht, als eine Verordnung oder eine Richtlinie in die Welt zu setzen, die nur für Ärger sorgt, wenn sie vor

Ort angewandt werden muss. Das ist ein Spannungsfeld, das muss man ganz ehrlich sagen.

Und deshalb hat vielleicht auch ein Gremium wie der AdR eine gewisse koordinierende Rolle dabei zu spielen, indem es dafür sorgt, dass das, was alles an Protest oder Bedenken in den Regionen entsteht, gebündelt in den Entscheidungsprozess hineinkommt. Der fängt irgendwo an, der hört irgendwo auf. Momentan fokussiert sich die ganze politische Kartenzieherei auf den Anfang, auf den Moment, in dem die Kommission etwas hinterlegt hat. Ich bin der Meinung, wir müssen, wenn wir uns schon diese Mühe geben, den gesamten Prozess im Auge behalten. Und wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, müssen wir eine Methode finden, um mit der Kommissionsbürokratie ins Gespräch zu kommen, ehe die ihre Entwürfe auf den Tisch gelegt hat. Das ist nämlich der Moment, wo man noch am ehesten etwas bewegen

kann. Das ist komplex, aber es ist möglich, und wir sollten versuchen, das hinzubekommen und dem Ganzen eine Art gemeinsames Verständnis von Subsidiarität zugrunde zu legen, so kompliziert und so schwierig das auch sein mag. Denn sehr oft wird Subsidiarität auch missbraucht – entweder um Europa kaputtzumachen oder um mit dem Vorwand der Subsidiarität etwas zu verhindern, was mit Subsidiarität nichts zu tun hat. Beispielsweise hat das, was mit der Entsenderichtlinie geschehen ist, nach meinem Dafürhalten überhaupt nichts mit Subsidiarität zu tun. Aber weil gewisse Kreise das nicht wollten, was Kommissarin Marianne Thyssen vorgeschlagen hat, wurde da die Subsidiaritätskarte gezogen.

Dr. Cornelia Ernst: Ich glaube, dass die Leute nicht so kompliziert denken wie wir. Die denken eher, das versteht ja kein Mensch, oh Gott, was ist das hier – vor allem junge Leute. Ich glaube, wir jammern vielleicht auch ein bisschen zu

viel. Die europäischsten Europäer sind nämlich junge Leute. Die wollen reisen, die wollen in anderen Ländern ihre Erfahrungen machen. Die wollen studieren, vielleicht nicht nur in Dresden, sondern auch in einem anderen europäischen Land. Das ist alles richtig so. Ich habe kürzlich mit einer Friseurin gesprochen, die mir sagte, sie gehe jetzt für ein Jahr weg, komme nach dem Jahr zurück und schaue dann einmal, wie sie hier weitermache. Da habe ich mir gedacht, das hätte ich auch gern gemacht. Daneben müssen wir natürlich auch auf die älteren Generationen schauen. Wenn man sieht, wer in Dresden zu Pegida geht: Das sind nicht in erster Linie die jungen Leute, sondern es sind mittlere Generationen, die nicht mitgenommen wurden und die ganz andere Probleme haben.

Der zweite Punkt ist die Öffentlichkeit. Ich bin ein Fan von Dynamo Dresden, das ist nun einmal so, das ist mir in die Wiege gelegt worden. Und als Fan kenne ich alle Spieler, ich weiß, was die alles

machen, mit wem die verheiratet sind und so weiter. Ich lese in der Zeitung über diesen und jenen und wer neuer Trainer wird. Wenn hingegen über Europa Öffentlichkeit hergestellt wird, dann in der Form, dass Frau Merkel gerade in Brüssel war und dort über irgendetwas getagt wurde, mit dem man teilweise gar nichts zu tun hat. Es gibt einfach keine europäische Öffentlichkeit. In unserer medialen Öffentlichkeit existiert Europa nur bedingt. Bei jeder Veranstaltung muss man erklären, wie die Europäische Union zusammenhängt, wie das Gesetzgebungsverfahren ist. Niemand erklärt den Menschen von klein auf dieses politische System und entsprechend wissen die Leute auch nicht, was Sache ist. Dann ist schnell Europa schuld, obwohl sich doch eigentlich der eine oder andere im Rat durchgesetzt und die anderen überredet hat, so zu handeln. Das ist ein Problem.

Ich glaube, wir brauchen mehr direkte Demokratie. Etwa in der Form, dass wir

Umfragen zu bestimmten Themen starten, bevor überhaupt etwas in Gang kommt. Der europäische Volksentscheid zum Beispiel ist doch ohne Effekt. Wenn die Kommission etwas nicht umsetzen will, dann kann der größte Volksentscheid mit dem besten Ergebnis zustande kommen – es passiert nichts. Menschen wollen sehen, dass das, was sie tun, eine Wirkung hat. Dort etwas zu verstärken, das ist vernünftig. Hingegen sollten wir die europäische Freizügigkeit nicht wieder einschränken. Sie ist eine große Errungenschaft, die sich ganz konkret und positiv auf die Menschen auswirkt. Das sage ich jetzt auch als Ostdeutsche, die mit dem Finger auf dem Globus geguckt hat, in welche Region man kommen kann und in welche nicht. Das sollten wir uns nicht kaputtmachen lassen.

Czesław Fiedorowicz: Eines der Zeichen der Freiheit in der EU ist der Fakt, dass wir nicht alle Fans von Dynamo Dresden sein müssen. Natürlich drücken wir die



Daumen, dass Dynamo Dresden heute Abend stark ist. Subsidiarität heißt, dass jede Machtebene nur die Kompetenzen behält, die nicht nach unten weitergereicht werden können. Wollen wir hoffen, dass eine solche Subsidiarität von der EU gefördert wird. Denn darin liegt die Chance, dass jeder Bürger ein Subjekt in der EU ist. Lassen Sie mich eine These wagen, von der ich träume. Ich wünsche mir, dass Karl-Heinz Lambertz in der EU mehr zu sagen hat, nicht weil ich Belgier werden will, nicht weil ich die deutsche Sprache mag und auch die Menschen, die diese Sprache sprechen, sondern weil ich glaube, dass der Gewinn der Europäischen Union die Stärkung der Regionen ist. Das Bewusstsein der europäischen Einheit, dass man die lokalen und die regionalen Partnerschaften stärkt und die unteren Ebenen ausbaut, ist in Deutschland und in Polen ausgeprägt. Das ermöglicht neue Brücken der Verständigung in Europa. Am Schluss wage ich eine scharfe These: Stellen Sie sich vor, Donald Tusk

könnte von Jarosław Kaczyński ersetzt werden. Wünschen wir uns solch ein Europa?

Dr. Antje Nötzold: Die Frage kann jeder für sich selbst beantworten. Ich habe jetzt mein Privileg, Ihnen Fragen stellen zu dürfen, lang genug ausgebeutet und möchte jetzt das Fragerecht ins Publikum geben. Ja bitte.

Fragesteller: Mein Name ist Claus Dittrich. Herr Lambertz, wir haben uns vor 15 Jahren kennengelernt. Damals waren Sie noch Ministerpräsident. Und ich kann bestätigen, dass Sie eines Tages mal nach Dresden kommen wollten. Mir fehlt in den bisherigen Äußerungen, dass Sie einmal betonen, was Regierungen gern sagen: Alles was geklappt hat, das haben wir selbst gemacht und alles was schief gegangen ist, das war Europa. Das ist die gefühlte Wahrnehmung und daran sollten wir arbeiten. Da hat ja vieles einen wahren Kern, denken Sie etwa an die Gurkenkrüm-

mung. Da ging die Initiative von Deutschland aus. Auch das sollten wir mit benennen. Ich bin überzeugt, dass Europa sein muss, friedensstiftend, ich bin aber auch überzeugt, dass die Regionen mehr Eigenständigkeit benötigen – also Europa nur unter der Bedingung der Eigenständigkeit. Die Regionen sind selbst stark genug und sollten eine eigenständige Kraft sein, miteinander um Lösungen ringen.

Hermann Winkler: Weniger ist in meinen Augen mehr. Wir machen für mein Dafürhalten zu viele Dinge, die nicht unmittelbar dem Gesetzgebungsverfahren dienen und die zu kompliziert sind. Wir machen viele Resolutionen, viele Stellungnahmen und wir bekommen zu viele Vorschläge von der Kommission. Ein positives Beispiel, bei dem es geklappt hat, ist das Dienstleistungspaket für das Handwerk. Hier konnten wir am Ende nach monatelanger Diskussion den gesamten Kommissionsvorschlag zurückweisen, Gott sei Dank. Wir brau-

chen dieses Paket nicht, wir brauchen die elektronische Dienstleistungskarte in Europa nicht. Es funktioniert, wie es ist. Und siehe da, wir haben Mehrheiten bekommen und es hat geklappt. Wenn wir weniger machen, dann ist das der richtige Weg. Die Gesetzgebungsverfahren wurden durch die aktuelle EU-Kommission um ein Drittel reduziert. Das ist gut so. Dann haben wir auch viel mehr Zeit und Möglichkeiten, um die Stellungnahmen des AdR zu lesen und die Regionen wirklich zu Wort kommen zu lassen. Ich bekomme jeden Tag riesige Textpakete, die man gar nicht schaffen kann. Insofern gilt, dass weniger Vorschläge und bessere Qualität zugunsten der Regionen wirken. Und das muss unser Ansatz sein auch für das Europa, das wir jetzt zunehmend gestalten.

Karl-Heinz Lambertz: Ich frage mich die ganze Zeit, wo ich Sie schon einmal gesehen habe. Jetzt haben Sie es selbst gesagt. Das ist in der Tat eine sehr gute Erinnerung, die ich an die Handwerks-

kammer habe. Aber Sie haben ganz recht: Ich nenne es eine seltsame politische Geschlechtsumwandlung, die bei einem Minister oder Regierungschef stattfindet, wenn er nach einer Sitzung in Brüssel ins Flugzeug steigt und dann nach Hause kommt und erklärt, was in Brüssel geschehen ist. Dann ist immer alles, was gut erscheint ein eigener Verdienst und was den Leuten nicht so gefällt, das ist die Verantwortung der Europäer. Er verschweigt natürlich immer, dass er selbst entscheidend mitgesprochen hat, denn schließlich gibt es gar nicht so viele Entscheidungen, bei denen man eine Mehrheit geltend machen kann. Das ist eine verdammt schlechte Angewohnheit, die in Europa schon viel kaputt gemacht hat. Es ist auch so, dass so mancher Bürgermeister gerne, wenn er ein schönes Projekt einweihet, das an seinen Hut steckt und dann gar nicht so besonders scharf darauf ist zu sagen, da waren auch EU-Gelder mit dabei. Das müssen wir ändern. Wir müssen

sagen, das ist gemeinsam gemacht worden, und wir sollten zu dem stehen, was wir machen.

Was man denn überhaupt auf europäischer Ebene machen soll, das ist freilich eine weiterführende Überlegung wert. Es ist schon vom Ansatz her falsch zu sagen, man gibt Zuständigkeiten runter. Nein, die sind eigentlich schon unten. Man kann welche nach oben ziehen. Wenn das so praktiziert würde, dann sähe die Welt ganz anders aus. Ich glaube, dass wir als Europa und auch als Regionen in Europa uns einen Gefallen tun sollten: Wir sollten uns stärken, wenn es darum geht, Regionen stark zu machen. Natürlich stimmt es, dass das eine innerstaatliche Zuständigkeit ist. Europa kann nicht seine Staaten organisieren. Nein, jeder der 28 Mitgliedsstaaten hat das ureigene Recht, Dezentralisierung so zu organisieren und zu verändern, wie er Lust und Laune hat. Aber das ist als Antwort nicht genug. Genauso wie es nicht ausreicht zu



sagen, um Katalonien muss sich Spanien kümmern. Ich habe das jetzt in Polen erlebt. Ich war zu Gast bei der Vereinigung der Kleinen Polnischen Kommunen. Die hatte ein Jubiläum. Dort sprachen der Staatspräsident, eine Ministerin, ich selbst und auch der Marschall. Da war es beeindruckend zu sehen, welche Bedenken Kommunalpolitiker aus Polen auch ihrem Staatspräsidenten und der Ministerin gegenüber äußerten, wenn es darum ging, über die Reform der Zuständigkeiten der Kommunen in Polen zu diskutieren, wo man ja wie in anderen Staaten auch die Tendenz sieht, alles wieder zu rezentralisieren. Das war eine hochspannende Geschichte. Ich habe mir da dreimal überlegt, was ich dazu sagen soll und glaube, ich habe etwas gesagt, was die Leute verstanden haben, nämlich dass wir für mehr Dezentralisierung sind.

Ich bin in ein paar Tagen in Marseille. Ich war noch nie in Marseille, so komisch

das auch sein mag. Dort trifft sich die Konferenz der Präsidenten der französischen Region. Nun gibt es ja keinen zentralisierteren Staat als Frankreich, sollte man meinen. Da wird fast alles letztendlich in Paris beschlossen. Diese 13 Regionen, die zum Teil gegen ihren eigenen Willen zusammengewürfelt wurden, sind wieder stark in ihrem eigenen Willen geworden. Diese Regionen haben so einige Probleme mit dem französischen Staatspräsidenten und der Regierung, die viele Dinge zentralisieren will und meint, sie könne in Paris alles besser machen als vor Ort in den Regionen. Ich war vorige Woche in der Bretagne und habe mich schon etwas einstimmen können auf das, was in Marseille gesagt werden wird. Das wird sehr spannend werden und ich glaube, das sind Dinge, über die sich die Regionen untereinander durchaus austauschen sollten.

Meine politische Erfahrung hat mich zu folgenden Überzeugungen gebracht:

Dezentralisierung ist richtig und gut und man soll Vertrauen in die Regionen setzen und nicht alles in die Hauptstädte ziehen. Dasselbe gilt natürlich auch für Brüssel. Man soll auch nicht über den Umweg von Brüssel in den Regionen etwas abholen, stattdessen aber vielleicht auf europäischer Ebene mit dazu beitragen, dass die Staaten auf dem Weg der Tugend bleiben und ihre manchmal natürliche Tendenz zur Zentralisierung ein bisschen ausgeredet bekommen. Da kann auch der Ausschuss der Regionen einiges mit unterstützen.

Dr. Cornelia Ernst: Ich wünsche mir manchmal, dass der Ausschuss der Regionen im Trilog sitzt und nicht der Rat, wenn ich das mal so sagen darf. Wir hätten dann manches an klügeren, an besseren Entscheidungen, als wir es jetzt manchmal haben. Im Rat – da müssen wir auch mal Klartext reden – haben wir es mit einem Konglomerat an Mitgliedsstaaten zu tun, die alle sehr auf sich bedacht sind. Der rote Faden

ist da lange verloren gegangen. Stattdessen haben wir verschiedene Staaten, die unterschiedliche Sprachen sprechen, und da meine ich nicht die »language«. Wir haben Staaten, die einzelne Dinge überhaupt nicht wollen, die sich verweigern, die im Rat und dann in den Trilogen darauf drängen, dass bestimmte Dinge nicht zustande kommen oder in einer schlechteren Art und Weise. Die Stellungnahmen des AdR hat das Europaparlament sehr häufig zutiefst unterstützt, während der Rat darauf gepfeiffen hat. Das will ich klar sagen. Deswegen bin ich auch der Meinung, der Ausschuss der Region sollte vielmehr nicht nur beratende Möglichkeiten haben, sondern auch in der Beschlussfassung ein gewichtiges Wort mitsprechen können.

Die Eigenständigkeit der Regionen ist immer so ein wunderschönes Wort. Was aber ist die Eigenständigkeit der Regionen ganz genau? Nicht Katalonien, da sind wir uns einig oder auch nicht.

Ich glaube, man nimmt die Regionen dann mehr ernst, wenn man ihnen ein Budget gibt und sagt, du weißt, was du zu tun hast, du solltest das machen, du solltest darüber befinden. Schauen wir uns allein in Sachsen an, was wir an Regelungen zu den EU-Regelungen noch hinzubekommen haben. Ich habe mir das sehr häufig angehört, es kamen Vereine und andere, die gesagt haben: Das kommt ja noch dazu, das ist überbürokratisch. Also man müsste auch in Deutschland mal nachdenken, ob man nicht Regelungen vereinheitlicht und es damit den Regionen erleichtert, besser zu agieren.

Bevor wir immer fordern, weniger zu machen, sollten wir erst einmal überlegen, was wir in den nächsten Jahren für Ziele haben. Was will die EU sich wirklich real vornehmen? Dann können wir schauen, wo müssen wir weniger tun und wo mehr. In dem jetzt vorgelegten Haushalt wurden neue Programme eingebracht, an anderer Stelle kürzt man

da ein bisschen und dort ein bisschen weg. Das ist Flickschusterei, mit der wir dann zu tun haben in den Ausschüssen, wenn es zum Beispiel um die Regionalstrukturpolitik geht, und ich glaube, das führt nicht weiter. Man muss die Ziele deutlicher bestimmen. Das halte ich für außerordentlich wichtig.

Dr. Antje Nötzold: Ich bitte Sie um eine kurze Frage, hier ist das Mikrofon.

Fragesteller: Mein Name ist Matthias Grünberg, ich bin Mitglied des Verfassungsgerichtshofs und Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts hier in Sachsen. Es gibt ja nicht nur populistische Kritik an der EU, sondern auch sachliche Kritik. Ich möchte es heute an dem Thema Subsidiarität festmachen. Sie haben es so wunderbar definiert mit Politik, die möglichst nahe am Menschen ist. Ich verstehe Subsidiarität so, dass möglichst die unterste Ebene eine Entscheidung trifft und eine obere,



höhere Ebene nur dann eine Entscheidung treffen kann, wenn eine Rechtfertigung dafür existiert. Wir haben heute viele Beispiele gehört, wie Regionen, wie die unteren Ebenen, an Entscheidungen beteiligt werden können. Das ist für mich aber nicht das Wesentliche, sondern das Wesentliche ist, dass diese unteren Ebenen selbst Entscheidungen treffen können, in welche die EU nicht hineingreift. Für mich ist das größte Problem der letzten Jahre, dass viele EU-Regelungen getroffen worden sind ohne eine solche Rechtfertigung. Jeder hat etwa mit der Datenschutzgrundverordnung zu tun, die auf äußerst unsicherer Kompetenzgrundlage getroffen worden ist. Das gleiche gilt im Arbeitsrecht. Ich weiß bis heute nicht, warum es Richtlinien der EU zum Arbeitsrecht gibt. Es gibt eigentlich keine EU-Kompetenz dafür. Vor allem gibt es hier keinen Rechtfertigungsdruck für die EU. Da meine ich, dass man da vielleicht einen Schwerpunkt setzen könnte und einfordert, dass Regionen selbst

Entscheidungskompetenzen haben und nicht bloße Beteiligungen. Sie haben gesagt, Herr Junker kann nicht 100 000 Gemeinden anrufen. Das geht natürlich nicht, aber 100 000 Gemeinden könnten vielleicht für ihren Bereich eigene Regelungen treffen. Danke.

Hermann Winkler: Bis zum Wort Datenschutzgrundverordnung war es okay, dann war es auch populistisch. Die alte Datenschutzgrundverordnung stammt aus einer Zeit, da kannten wir kein Internet, kein globales Agieren. Deshalb hat es doch Sinn, dass wir uns in Europa um die grenzüberschreitenden Dinge auch der Datensicherung und der Verwendung unserer persönlichen Daten kümmern. Das Problem liegt meiner Meinung nach woanders. Wir hatten nämlich bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie der Datenschutzgrundverordnung in den Mitgliedsstaaten die größten Probleme, weil nämlich dort, das muss man klar sagen, auch viele es schlichtweg ver-

schlafen haben. Wir haben den Text im Dezember 2015 verabschiedet, dann wurde dieser Text zwei Jahre lang nicht mehr beachtet und am 10. Mai 2018 merkten plötzlich alle, jetzt ist er ja umzusetzen. Das war das große Problem, was wir hatten, aber ansonsten muss ich wirklich sagen, ist das ein schönes Beispiel, wie Europa agieren kann, um eine globale Sache zu regeln und den Verbraucher zu schützen.

Dr. Antje Nötzold: Bevor wir jetzt in ein ganz anderes Thema abdriften: Sie wollten einen ganz kurzen Satz dazu sagen, Frau Dr. Ernst.

Dr. Cornelia Ernst: Der Satz heißt: Man kann die informationelle Selbstbestimmung und damit den Datenschutz nicht regionalisieren, weil es ein Grundrecht ist. Das muss schon harmonisch in den Mitgliedsstaaten gleichermaßen geregelt sein, sonst wird es albern. Ich denke, es ist schlicht notwendig, hier ein einheitliches Regime zu haben, man könnte

auch sagen: eine Straßenverkehrsordnung für die digitale Welt.

Czesław Fiedorowicz: Ich möchte etwas aus der polnischen Perspektive dazu sagen. Wir wissen ja, dass das europäische Recht oft schwierig ist, aber wir waren uns immer dessen bewusst, dass das europäische Recht auch ein Teil des polnischen Rechts ist. Aus der polnischen Perspektive ist es so, dass uns das Vorrecht des europäischen Rechts auch eine Art Sicherheit, eine Garantie für die Rechtmäßigkeit der Politik in Polen gibt.

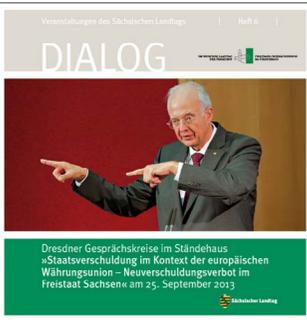
Ich bin Politiker und ich bin mir dessen bewusst, dass die Politik in der Europäischen Union gegenwärtig eine Krise erlebt und ich habe große Ängste, wie die Europawahlen verlaufen werden. Sicherlich werden die Probleme der Europäer in der EU immer größer und wir benötigen genug Pragmatismus, um alle Probleme möglichst gemeinsam zu lösen. Ich möchte ein Beispiel nennen,

bei dem ich nicht verstehe, warum das bis heute noch nicht gelöst worden ist: die Anerkennung der Ausbildung. Weshalb wird etwa das polnische Abitur in Deutschland nicht anerkannt? Meine Tochter absolvierte ein Studium an der Universität Birmingham und hat nun in Salzburg Probleme, dass ihre Ausbildung, ihre Qualifizierung anerkannt wird. Es gibt solche Dinge, bei denen Lösungen relativ einfach sind – gerade für junge Menschen in Europa. Wir wissen doch, dass unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch stärker an die europäische Idee glauben müssen. Sie müssen wir von der Bedeutung der Europäischen Union überzeugen.

Dr. Antje Nötzold: Jetzt stehe ich vor der schwierigen Aufgabe, diese interessante Diskussion zusammenzufassen. Wir haben heute, ohne die Augen vor offenen Problemen zu verschließen, dennoch gesehen, dass die Regionen durchaus Einfluss auf die Politikgestaltung haben, vielfach auf eine sehr in-

formelle Weise. Wir haben auch gesehen, dass die Bedeutung der Regionen erkannt wurde, Europa für die Bürger von unten sichtbar zu machen. Mein Dank gilt den Podiumsteilnehmern, die es mir einfach gemacht haben, zwischen den verschiedenen Nationalitäten, Regionalitäten, aber auch parteipolitischen Verortungen zu jonglieren, und die doch in vielen Bereichen wohl einstimmiger waren, als wir es im Vorfeld vermutet hätten. Vielen Dank an Sie alle!





Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

- Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011
- Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012
- Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal
- Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012
- Heft 5: »Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« am 6. März 2013
- Heft 6: »Staatsverschuldung im Kontext der europäischen Währungsunion – Neuverschuldungsverbot im Freistaat Sachsen« am 25. September 2013
- Heft 7: »Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?« am 26. Mai 2015
- Heft 8: Graduiertenkolleg »Geschichte sächsischer Landtage« vom 28. bis 30. Oktober 2015
- Heft 9: »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« am 7. Juni 2016
- Heft 10: »Respektvoller Umgang im politischen Streit« am 31. Januar 2017

Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter www.landtag.sachsen.de, per E-Mail unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.

